



mit der Ukraine

Aufruf zur gemeinsamen Mahnwache Mehr Solidarität mit der Ukraine

Dienstag, den 28. Mai 2024, ab 9 Uhr an der Lambertikirche,

Prinzipalmarkt, Münster

mit dem Verein *You are. Ukraine-Hilfe* und der ukrainischen Community in Münster

Der französische **Präsident Emmanuel Macron** empfängt am Dienstag den **Preis des Westfälischen Friedens** im historischen Rathaus zu Münster für sein Engagement „für ein starkes Europa und den Einsatz zur Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft“. Beide Ziele unterstützen auch wir und verkennen auch nicht die Verdienste des französischen Präsidenten. www.wirtschaftliche-gesellschaft.de/presse/friedenspreis-2024

Gleichwohl müssen wir mahnend auf diese Aspekte hinweisen.

1. Europa und auch besonders Frankreich bleibt weiter hinter seinen Möglichkeiten zur Unterstützung der Ukraine zurück. In Unterschied zu seinem markanten internationalen Auftreten gegenüber dem Aggressor Russland hat Frankreich im Vergleich zu Deutschland nur einen deutlich kleineren Teil an solidarischer Hilfe (finanziell, humanitär, militärisch) geleistet.

Deshalb fordern wir von Präsident Macron und Frankreich, ebenso wie von unserer eigenen Regierung, mehr Unterstützung dieses von Putin-Russland überfallenen, zu einem Fünftel besetzten und fortgesetzter systematischer Zerstörung und terroristischer Kriegsführung ausgesetzten Landes, - **mehr Solidarität für die Ukraine und dies auf allen Ebenen.**

2. Wir kritisieren die intensive **Zusammenarbeit** des französischen Staatsunternehmens **Framatome** mit dem russischen Atom-Konzern **Rosatom**, der direkt der russischen Regierung untersteht. Diese französisch-russische Zusammenarbeit widerspricht der bitter nötigen, gemeinsamen europäischen Unterstützung der Ukraine und übrigens auch der Intention des Preises des Westfälischen Friedens.

Mit seinem Veto verhindert Macron seit Jahren EU-Sanktionen gegen den russischen Atomsektor. Diese Zusammenarbeit soll sogar noch ausgeweitet werden, etwa über den Einstieg von Rosatom in die Brennelemente-Fertigung im nahen Lingen.

Zuständig für die Aufsicht über die Brennelemente-Fabrik Lingen ist u.a. der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer, der erklärte, grenzübergreifende Uran-Transporte würden vom Bund bzw. der EU geregelt. Er merkte an: "Gerade der Atombereich Russlands ist eng mit dem verbrecherischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der militärischen Nutzung für Atombomben verbunden. Statt Uran, radioaktives Material oder Kernbrennstäbe mit Russland auszutauschen, sollten auch der Nuklearsektor von der EU mit Sanktionen belegt werden, wie es Vizekanzler Robert Habeck mehrfach forderte." <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/uran-brennelemente-deutschland-russland-100.html> Übrigens auch die Atomanlagen von Saporischschja in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine finden sich in der Zuständigkeit von Rosatom. <https://sofa-ms.de>

Macron und Frankreich müssen hier die Politik der Zusammenarbeit mit Russland sofort beenden.

3. Präsident Macron war in diesen Tagen noch mit einem anderen menschenrechts- und minderheitenbezogenen Thema in den Medien, dem eskalierten Konflikt in **Neukaledonien**, das er in der vergangenen Woche besuchte. Neukaledonien (*Nouvelle-Calédonie*; *Kanaky*) gilt als Französisches Überseegebiet, andere nennen dies französische Kolonie, seit 1853 übrigens schon.

Über dieses komplexe Thema wurde in den deutschen Medien kaum, wenn überhaupt, dann **oft verzerrt berichtet**.

Auslöser der Unruhen durch die indigene melanesische Bevölkerung war die von der französischen Regierung geplante Wahlrechtsreform zugunsten der zugezogenen französischen Einwohner.

25.000 zugezogene französischen Bürger (knapp 10 % der Bevölkerung) sollen das Wahlrecht erhalten. Nicht-Einheimische sind bislang nur wahlberechtigt, wenn sie bereits vor 1998 in Neukaledonien ansässig waren.

Mit der Reform würde die Regierung in Paris das 1998 zwischen der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung und Frankreich mühsam vereinbarte Abkommen einseitig auflösen, das die neukaledonischen Indigenen vor einer Übervorteilung schützen soll.

Wolfgang Mayr, UN-Experte der GfbV (Südtirol) schreibt: „Im Fall Neukaledonien soll das limitierte Wahlrecht ein politisches Gleichgewicht zwischen „Kanakern“ (indigene Eigenbezeichnung für 41 Prozent der Bevölkerung) und den Nicht-Kanakern sowie zwischen Unionisten und Unabhängigen garantieren. Französ:innen kritisieren, dass ihr Ausschluss undemokratisch ist. Sie stellen mehr als 24 Prozent der Bevölkerung.“ In der französischen Nationalversammlung wird die Macron-Partei *En Marche* von den Konservativen und von extremen Rechten unterstützt. <https://gfbv-voices.org/die-angst-vor-der-uebervorteilung/>

Die kanakischen Parteien hingegen fordern die Entkolonialisierung und volle Souveränität. Russland und China haben sich bereits als „Speerspitzen des Anti-Kolonialismus“ angeboten, ausgerechnet diejenigen, die die Menschenrechte brutalst mit Füßen treten.

Das reformierte Wahlgesetz (Wahlrecht nach 10 Jahren Ansässigkeit) wurde jüngst am 15. Mai von der Nationalversammlung verabschiedet und tritt voraussichtlich am 1. Juli 2024 in Kraft.

Neukaledonien gehört mit dem französischen Sonderstatus einer *Collectivité sui generis* zwar nicht der Europäischen Union an, sollte uns aber menschenrechtspolitisch interessieren.

* Am Dienstag erhält **das Deutsch-Polnische Jugendwerk**, vertreten durch den Verein und sechs Jugendliche aus Polen, der Ukraine und Deutschland, gleichzeitig den **Jugendpreis des Westfälischen Friedenspreises**. Wir gratulieren den jungen Preisträgern ganz herzlich. Ihre Arbeit ist engagiert, glaubwürdig und unverzichtbar !

Für Menschenrechte. Weltweit.

Kontakt: Dr. Kajo Schukalla, Markweg 38, 48147 Münster,

E-mail: muenster@gfbv-rg.de www.gfbv.de



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster